



N i e d e r s c h r i f t
36. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr

Sitzungstermin: Mittwoch, 23.11.2005
Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 17:50 Uhr
Ort, Raum: Rathaus Zehlendorf, BVV-Saal

Anwesend:

Herr Adam, Bernd	CDU
Herr Dreyer, Kurt-Eberhard	CDU
Frau Ehlgötz, Barbara	CDU
Herr Mückisch, Frank	CDU
Herr Lepeniotis, Christos	SPD
Herr Reinhard, Klaus	SPD
Herr Karnetzki, Michael	SPD
Herr Weihe, Klaus-Dieter	SPD
Herr Kühnast, Frank	FDP
Frau Sunkel, Dagmar	FDP
Herr Hampel, Ulf	GRÜNE
Frau Wagner, Sieglinde	fraktionslos
Herr Holz, Mathias Oliver	CDU (BD)
Herr Pick, Rafael	CDU (BD)
Herr Timm, Peter	GRÜNE (BD)
Herr Wollschläger, Hans-Joachim	CDU (St. BD)

Vom Amt:

BzStR Laschinsky (*in Vertretung für BzStR Stäglin*)
Bau L Hr. Müller-Ettler
Ord L Herr Hartmann
BVV 1 Dr. Konrad, Protokoll

Tagesordnung:

TOP 1 Öffentliche Bürgerfrageviertelstunde
TOP 2 Genehmigung des Protokolls

- TOP 3 Fußgängerüberweg in der Lindenthaler Allee
(siehe Protokoll vom 26.10.05, Seite 7 (4.))
- TOP 4 Aufheben der Vorfahrtsregelung in der Matterhornstraße
(siehe Protokoll vom 26.10.05, Seite 7 (5.))
- TOP 5 Fahrrad-Angebotsstreifen für die Pacelliallee
(Siehe Protokoll vom 26.10.05, Seite 7 (6.))
- TOP 6 Tempo 30 in der Schildhornstraße
(Siehe Protokoll vom 26.10.05, Seite 7 (7.))
- TOP 7 Anträge
- TOP 7.1 Wiedereinführung einer Teilbuslinienstrecke des ehemaligen 111er
Drucksache: 1618/II - SPD-Fraktion
- TOP 7.2 Lärmbelästigung durch Avus
Drucksache: 1695/II (neu) - Fraktionen SPD und GRÜNE
- TOP 7.3 Straßenbaustellen in Steglitz-Zehlendorf
Drucksache: 1723/II (neu) - CDU-Fraktion
- TOP 7.4 Busspur auf dem Teltower Damm zeitlich einschränken
Drucksache: 1724/II - CDU-Fraktion
- TOP 7.5 Beschilderung der Bezirks- und Ortsteilgrenzen
Drucksache: 1733/II - SPD-Fraktion
- TOP 7.6 Klarheit bei möglichen Stellflächen für Werbeflächen
Drucksache: 1741/II - FDP-Fraktion
- TOP 8 Buskap im Hindenburgdamm
(siehe Protokoll vom 26.10.05, Seite 10 (10.))
- TOP 9 Bericht aus dem Bezirksamt
- TOP 10 Verschiedenes

Protokoll:

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet die FDP-Fraktion, ihren in der letzten Ausschusssitzung zurückgestellten Antrag „Halteverbot Augustastraße aufheben“ (Drs. Nr. **1699/II**) nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Die Fraktionen von CDU und SPD erklären, sie könnten dieser Bitte nicht entsprechen, da ihnen der Antrag zu dieser Sitzung nicht vorliegt und sie sich nicht darauf vorbereiten konnten. Die FDP-Fraktion bittet, den Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung am 25.01.2005 zu setzen. In Vorbereitung auf die Behandlung der Drucksache verteilt die FDP-Fraktion hierzu die von ihr erstellte Skizze „Anhang Drs. 1699/II“.

Ebenfalls auf die Tagesordnung der Januar-Sitzung gesetzt werden sollen die zurückgestellten Anträge der Fraktion GRÜNE „Lärmpegelmessungen in der Clayallee“ (Drs. Nr. **1684/II**) und der FDP-Fraktion „‘Flüsterstraße‘ auch im Berliner Modellversuch“ (Drs. Nr. **1702/II**).

zu 1 Öffentliche Bürgerfrageviertelstunde

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag des stellv. Vorsitzenden zu, dass sich die Bürger Herr Timmermann und Herr Hagner in Zusammenhang mit TOP 4 äußern dürfen, deretwegen sie gekommen waren, und Frau Ungnade bei den TOPs 6 und 7.2.

1. Hunderauslauf im Treitschkepark

Frau Göpper bittet als Anwohnerin des Treitschkeparks, dort speziell in den Wintermonaten, wo ältere Leute längere Spazierwege eher vermeiden, den Freilauf von Hunden zu erlauben. Besonders in den Abendstunden, wo der Park nur wenig genutzt sei, sollte dies erlaubt sein. Die älteren Mitbürger könnten so soziale Kontakte pflegen, und die Hunde hätten den für eine artgerechte Haltung notwendigen Auslauf. Frau Göpper überreicht Fotos und eine entsprechende Unterschriftenliste.

Ord L Hr. Hartmann weist darauf hin, dass es sich beim Treitschkepark um eine geschützte Grünanlage handelt, in der das Freilaufenlassen von Hunden nicht statthaft ist. BzStR Laschinsky weist darauf hin, dass sich in der Nähe des Parks Kitas und eine Grundschule befinden und dass größere Hunde Zäune oder Hecken, die zur Absperrung dienen, überwinden könnten. Er erklärt, dass das Bezirksamt über das Anliegen von Frau Göpper beraten und ihr anschließend Mitteilung machen wird.

2. Verkehrsberuhigung in der Königstraße

Frau von Klewitz erklärt, sie wohne seit März diesen Jahres in der Zehlendorfer Königstraße und fühle sich – genau wie alle anderen Anwohner – durch ein starkes Verkehrsaufkommen in ihrem Wohlbefinden enorm beeinträchtigt. Beim Vorbeifahren von LKWs rumpele es im Haus, die Schreie klirren, und die Wände vibrieren. Die Straße sei zu einem Schleichweg für Autofahrer geworden, die so zwei Ampeln auf der Potsdamer Straße vermeiden. Zudem halte sich niemand an die vorgeschriebene Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h. Besonders nachts rasen die Autos geradezu durch die Straße. Ihr sei bei der Raserei in der schmalen Straße insgesamt schon drei Mal der Außenseitenspiegel abgebrochen worden. Es sei unverständlich, dass ein solcher Verkehr in einer Straße geduldet wird, in der sich mehrere Kitas und Spielplätze, eine Schule und der Mittelhof befinden. Frau von Klewitz schlägt als mögliche Gegenmaßnahmen vor, die Königstraße zu einer Einbahnstraße zu machen, den Zugang von der S-Bahn-Brücke (Hohentwielsteig) zu sperren oder die Straße so einzurichten, dass jeweils nur ein Fahrzeug in eine Richtung fahren kann.

Die CDU-Fraktion nennt eine Sperrung der Zufahrt von der S-Bahn-Brücke sinnvoll, zumal dies im Zusammenhang mit dem Wunsch stehe, den Königsweg zu einem Weg für Radfahrer und Reiter zu machen. Sie bittet das Amt, diese Möglichkeit zu prüfen. Die SPD-Fraktion erklärt, dass nach der Maueröffnung nun einmal auch in Wohnstraßen ein größeres Verkehrsaufkommen entstanden ist und verweist darauf, dass sich der Ausschuss seither schon mehrfach mit dieser Problematik befasst hat. Die fraktionslose Bezirksverordnete Frau Wagner erklärt, da die Situation andauere, müsse sich auch das Amt weiter damit befassen. Als entschleunigende Maßnahme schlägt sie vor, das in der Königstraße erlaubte Gehwegparken aufzugeben.

BzStR Laschinsky erklärt, die seit längerem bestehende Situation habe sich nicht weiter verschlechtert, auch wenn Frau von Klewitz sie als neue Anwohnerin als unangenehm empfinde. Er verweist darauf, dass ein anderer von Frau von Klewitz genannter Anwohner (Dr. B.), der in der gleichen Angelegenheit tätig geworden war, nichts gegen einen in diesem Zusammenhang ergangenen Widerspruchsbescheid des Amtes unternommen habe.

Der stellv. Ausschussvorsitzende bittet das Bezirksamt, das Anliegen von Frau von Klewitz zu prüfen. Frau von Klewitz bittet um eine schriftliche Reaktion des Amtes.

3. Parkraumveränderung in der Wannseer Charlottenstraße

Herr Püschel aus der Wannseer Charlottenstraße erklärt, die Verkehrssituation vor der Conrad-Schule in seiner Straße sei 'unmöglich' und für die Kinder gefährlich. Das Halteverbot vor der Schule werde von absolut niemand beachtet, und da die Eltern, die ihre Kinder zur Schule bringen bzw. von dort abholen, alle dort halten, würden die

anderen Autos den Gehweg benutzen, um an den haltenden Wagen vorbeizufahren und dabei die Kinder und Fußgänger auf dem Bürgersteig gefährden. Sein Enkel sei auf dem Gehweg bereits fast überfahren worden. Er weist darauf hin, dass die Conradschule einen von der Chausseestraße gut zu erreichenden Parkplatz hat, der sich für die Abwicklung von Kindertransporten ausgezeichnet eigne, aber von den Eltern kaum genutzt werde. Er bittet, die Conradstraße zu einer verkehrsberuhigten Zone mit Schrittgeschwindigkeit oder zu einer Einbahnstraße zu machen, in der „Schildkröten“ den Verkehr zudem noch zusätzlich verlangsamen und sicherer machen könnten.

BzStR Laschinsky weist auf den in der Vorwoche von der BVV gefassten Beschluss mit dem Betreff „Schulwegsicherung Conradschule“ hin, der nun erst einmal vom Bezirksamt umzusetzen sei. Er rät Herrn Püschel, ggf. über die Fraktionen weitere Initiativen anzuregen, falls ihm die Umsetzung dieses Beschlusses nicht ausreicht. Die CDU-Fraktion rät Herrn Püschel, sich mit seinem Anliegen an den Ausschuss für Eingaben und Beschwerden zu richten, der dieses ggf. an den Bauausschuss weiterleiten könne.

zu 2 Genehmigung des Protokolls

Das Protokoll der 35. Sitzung vom 26. Oktober 2005 wird genehmigt.

zu 3 Fußgängerüberweg in der Lindenthaler Allee (siehe Protokoll vom 26.10.05, Seite 7 (4.))

BzStR Laschinsky erklärt, am Mexikoplatz und der Kreuzung mit der Potsdamer Chaussee befinden sich in der Lindenthaler Allee bereits zwei Lichtzeichenanlagen. Eine weitere werde in Kürze auf Anordnung der VLB an der Ecke Matterhornstraße errichtet, so dass nicht damit zu rechnen sei, dass an der Niklasstraße noch eine weitere angeordnet wird. Auf die Nachfrage der CDU-Fraktion erklärt er weiterhin, dass an der Kreuzung mit der Niklasstraße kein erhöhter Fußgängerverkehr bestätigt werden kann. Auf eine weitere Nachfrage der CDU-Fraktion erklärt BzStR Laschinsky, vom Bezirksamt könne eine Zählung des Fußgängeraufkommens nicht durchgeführt werden, sondern allenfalls von der VLB.

zu 4 Aufheben der Vorfahrtsregelung in der Matterhornstraße (siehe Protokoll vom 26.10.05, Seite 7 (5.))

Der Bürger Herr Timmermann erklärt, durch die neue Linienführung gebe es keinen Anschluss des 112er Busses an den behindertengerechten S-Bahnhof Schlachtensee mehr. Er hoffe, dass dies durch eine Linienführung über die Matterhornstraße wieder rückgängig gemacht wird, zumal eine zugesagte Stellungnahme der BVG noch ausstehe. In Hinblick auf diese Möglichkeit sollte die Vorfahrtsregelung in der Matterhornstraße noch nicht geändert werden. Außerdem sollte der ruhende Verkehr in dieser Straße so geordnet werden, dass nur auf einer Seite das Parken erlaubt ist.

Der Bürger Herr Hagner erklärt, nachdem der aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht mehr zu verantwortende Busverkehr auf der Matterhornstraße eingestellt wurde, sei auch die entsprechende Vorfahrtsregelung nicht mehr nötig, zumal es sich um eine Straße in einer 30-km/h-Zone handelt. Er weist darauf hin, dass keine neuen Schilder gekauft und angebracht, sondern nur die alten Vorfahrtsschilder abgenommen werden müssten, und erkundigt sich, warum einer entsprechenden Anordnung noch nicht Folge geleistet wurde.

Bau L Hr. Müller-Ettler verweist auf die ausführliche Darstellung der Sachlage im Protokoll der 33. Sitzung vom 24.08.2005 und erklärt, wegen des in dieser Sitzung bereits geltend gemachten Geldmangels sei der Anordnung zum Abbau der Vorfahrtsschilder noch nicht Folge geleistet worden. Für eine Übergangszeit müssten „Vorfahrt

geändert“-Schilder für 2.500 Euro angebracht werden. Im übrigen habe das Bezirksamt aufgrund des BVV-Beschlusses, verkehrsbeschränkende Maßnahmen erst nach Abstimmung mit dem Bauausschuss umzusetzen, die Anordnung noch zurückgestellt. Im Gegensatz zum August, wo es noch eine gewisse Hoffnung gab, dass die BVG evtl. doch wieder durch die Matterhornstraße fährt, rechnet man jetzt, nachdem die Bushaltestellen abgebaut worden sind, nicht mehr damit. Er bittet die Fraktionen, sich dazu zu äußern, ob der Anordnung Folge geleistet und die Rechts-vor-Links-Vorfahrtsregelung in dieser Tempo-30-Zone eingeführt werden soll.

Die Fraktion GRÜNE befürwortet dies. Die CDU-Fraktion erklärt, sie halte – auch in Hinblick auf das neue Nahversorgungszentrum Schlachtensee - an dem Beschluss fest, dass sich das Bezirksamt dafür einsetzen soll, dass der 112er Bus über die Breisgauer Straße in die Matterhornstraße und dann wieder in die Spanische Allee geführt wird. Daher solle jetzt auch keine einseitige Parkregelung eingeführt werden.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die Frage abstimmen: Wer ist dafür, die Anordnung der Straßenverkehrsbehörde umzusetzen? Neun Ausschussmitglieder sind dafür und sechs dagegen.

zu 5 Fahrrad-Angebotsstreifen für die Pacelliallee (Siehe Protokoll vom 26.10.05, Seite 7 (6.))

Zur Frage des Bürgers Herrn Timmermann nach dem Ergebnis der Untersuchung des ruhenden Verkehrs erklärt BzStR Laschinsky, Zählungen hätten ergeben, dass in einigen Abschnitten der Pacelliallee nahezu alle möglichen Parkplätze regelmäßig ausgelastet sind; in anderen Abschnitten wird weniger geparkt. Es wurde eine Auslastung von 43 bis 48 Prozent gezählt. Das Tiefbauamt habe den Vorschlag gemacht, die Gehweg-Unterstreifen zu pflastern und halbseitiges Gehwegparken zuzulassen, um auf der Fahrbahn die Anlage eines Fahrradstreifens zu ermöglichen. Es sei aber ungeklärt, ob SenStadt die dabei entstehenden erheblichen Kosten übernehmen würde. Bau L Hr. Müller-Ettler erklärt, dass das Amt nach der Verwaltungsvorschrift zur StVO auch für den ruhenden Verkehr Vorsorge treffen muss. An die Anwohner solle aber noch ein Schreiben verteilt werden, in dem diese gebeten werden, auch die Stellplätze auf ihren Grundstücken zu nutzen und nicht nur auf öffentlichem Straßenland zu parken, zumal sich der Parkraum wegen der Laternen und Bäume ohnehin um ca. 35 Prozent verringert. Er weist darauf hin, dass der Bezirk jetzt die Chance hat, das Projekt von SenStadt im Rahmen des Radwegeprogramms finanziert zu bekommen; dem Bezirk selbst wäre dies später nicht mehr möglich. Auf eine entsprechende Nachfrage der SPD-Fraktion erklärt Herr Müller-Ettler, SenStadt würde die Kosten für sämtliche in diesem Zusammenhang durchzuführenden Maßnahmen übernehmen (Pflaster, Markierung, Bügel, Poller usw.).

Die CDU-Fraktion erklärt, das Fahrradaufkommen in der Pacelliallee sei vergleichsweise niedrig, da die meisten Radfahrer den Franz-Grothe-Weg nehmen. Sie fragt, ob die Mittel von SenStadt nicht besser zur Ausbesserung des Fahrradweges in der Argentinischen Allee verwendet werden könnten. Herr Müller-Ettler weist darauf hin, dass von der Senatsverwaltung keine vernachlässigte Unterhaltung, sondern nur neue Maßnahmen finanziert werden. Auch für eine Verbesserung und Erweiterung der Radroute über den Franz-Grothe-Weg seien die Mittel nicht nutzbar, da dieser Teil der Radialroute ist, während die Pacelliallee Teil der Tangentialroute 5 werden soll.

Die Fraktion GRÜNE erklärt, der Bezirk solle Senatsmittel, die für die Verbesserung seiner Infrastruktur bereit gestellt werden, nicht leichtfertig auf's Spiel setzen.

Die FDP-Fraktion spricht sich für den Lückenschluss in der Pacelliallee aus, kritisiert jedoch, dass die Senatsmittel nur für den Neubau von Radwegen, nicht jedoch für die Instandhaltung z.B. in der Argentinischen Allee verwendet werden dürfen.

Auf Nachfrage der CDU-Fraktion erklärt Herr Müller-Ettler, er könne den Fraktionen Informationen zum geplanten Radroutennetz im Berliner Südwesten an die Hand geben. Auf Bitten der CDU-Fraktion wird die Drucksache vertagt, bis diese Unterlagen vorliegen.

zu 6 **Tempo 30 in der Schildhornstraße**
(Siehe Protokoll vom 26.10.05, Seite 7 (7.))

Die Bürgerin Frau Ungnade erklärt, als Hausbesitzerin in der Schildhornstraße warte sie schon ungeduldig, dass dort endlich Tempo-30 eingeführt wird. BzStR Laschinsky weist darauf hin, dass die straßenverkehrsbehördliche Anordnung der VLB, in der Schildhornstraße ganztägig Tempo 30 einzuführen, nur deshalb noch nicht umgesetzt worden ist, weil das Amt zuerst Benehmen mit dem Ausschuss herstellen wollte.

Mit dem Hinweis, dass die VLB in früheren Fällen auch gegen den Willen des Ausschusses in einigen Straßen Tempo 30 eingeführt hat, fragt die FDP-Fraktion, welche Bedeutung dieses Benehmen mit dem Ausschuss denn habe, wenn dessen Votum nichts gilt. Dadurch entstehe höchstens Frust. Auch die Fraktion GRÜNE weist darauf hin, dass der Bezirk sich nicht mehr gegen die Anordnung wehren kann. Die CDU- und die FDP-Fraktion erklären, angesichts der Haltung der VLB, ein von ihr erbetenes und eindeutiges Votum des Bezirks dann doch zu missachten, würden sie sich nicht an einem solchen beteiligen.

Bau L Hr. Müller-Ettler erklärt, die Anordnung vom 14.09.2005 sei noch nicht rechtskräftig, da erst noch der Bauausschuss angehört werden sollte. Da dies bisher noch nicht erfolgt war, habe das Amt zweimal um eine Verlängerung der Anhörungsfrist gebeten (letztmals bis zum 30.11.2005). Wenn sich der Bezirk nicht äußere, werde die Umsetzung der Anordnung erzwungen.

Die SPD-Fraktion weist darauf hin, dass die Einführung von Tempo 30 nicht nur eine verkehrliche, sondern vor allem auch eine gesundheitsfördernde Entscheidung zum Wohle der Anwohner ist. Diese hätten, so erklärt die fraktionslose Bezirksverordnete Wagner, lange für Tempo 30 gekämpft, so dass dessen Einführung nun überfällig sei.

Bei einer Abstimmung sprechen sich 5 Ausschussmitglieder für die Umsetzung der Anordnung der Einführung von Tempo 30 in der Schildhornstraße aus; da sich die übrigen Ausschussmitglieder nicht an der Abstimmung beteiligen, gibt es keine Nein-Stimmen und keine Enthaltungen.

zu 7 **Anträge**

zu 7.1 **Wiedereinführung einer Teilbuslinienstrecke des ehemaligen 111er**
Drucksache: 1618/II - SPD-Fraktion

Der stellv. Ausschussvorsitzende verteilt Kopien einer Email des BVG-Vertreters Herrn Gerd Huwe vom gleichen Tag mit Informationen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag mit 5 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen bei keiner Enthaltung abgelehnt.

zu 7.2 **Lärmbelästigung durch Avus**
Drucksache: 1695/II (neu) - Fraktionen SPD und GRÜNE

Die Bürgerin Frau Ungnade berichtet, nachdem die Geschwindigkeitsreduzierung auf der Avus wieder rückgängig gemacht wurde, würden die Anwohner sich wieder sehr belästigt fühlen. Sie erläutert die Arten des Fahrlärms, der bei verschiedenen Geschwindigkeiten entsteht und bittet, dass zumindest für LKWs nachts wieder eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 60 km/h gelten solle.

Bei einer Abstimmung über den Antrag in der vom Umweltausschuss geänderten Fassung wird dieser mit 15 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

**zu 7.3 Straßenbaustellen in Steglitz-Zehlendorf
Drucksache: 1723/II (neu) - CDU-Fraktion**

Die CDU-Fraktion erklärt, der Antrag enthalte eigentlich Selbstverständlichkeiten, die aber oft nicht eingehalten werden.

BzStR Laschinsky erklärt, vom Amt würden Info-Blätter an Baufirmen verteilt, die öffentliches Straßenland für Bautätigkeiten in Anspruch nehmen; allerdings würden diese die Vorgaben und Hinweise oft nicht beachten. Eine häufige Überprüfung sei dem Amt aus Personalmangel nicht möglich. Bei entsprechenden Hinweisen auf Missachtung werde vom Amt jedoch die Einhaltung der Vorschriften eingefordert.

Bau L Hr. Müller-Ettler erklärt, Begehungen in Nebenstraßen könnten nur alle zwei Monate stattfinden, in Hauptstraßen zweimal im Monat. Das Amt habe nicht die personellen Möglichkeiten, die Straßen öfter als mit der gesetzlich vorgegebenen Häufigkeit zu überprüfen.

Auf Bitten der CDU-Fraktion wird der Antrag zurückgestellt.

**zu 7.4 Busspur auf dem Teltower Damm zeitlich einschränken
Drucksache: 1724/II - CDU-Fraktion**

Der Antrag wird wie folgt geändert: Das Wort „ob“ wird durch die Wörter „zu welchen Zeiträumen“ ersetzt, und die Wörter „auf Mo. bis Fr. von 6 Uhr bis 18 Uhr“ werden gestrichen.

Bei einer Abstimmung wird der Antrag in der geänderten Fassung mit 15 Ja-Stimmen und keiner Nein-Stimme bei keiner Enthaltung angenommen.

**zu 7.5 Beschilderung der Bezirks- und Ortsteilgrenzen
Drucksache: 1733/II - SPD-Fraktion**

Der Antrag wird zurückgestellt.

**zu 7.6 Klarheit bei möglichen Stellflächen für Werbeflächen
Drucksache: 1741/II - FDP-Fraktion**

BzStR Laschinsky erklärt, die erbetene Liste könnte durch die Entwicklung im Straßenraum schnell unaktuell werden, da sie als Ganzes nicht ständig auf dem aktuellen Stand gehalten werden kann. Daher sei das derzeitige Vorgehen des Bezirksamts, den jeweiligen Einzelfall zu prüfen, praktikabler und weniger arbeitsaufwendig. Er bittet die FDP-Fraktion, von dem Antrag Abstand zu nehmen.

Auf Bitten der FDP-Fraktion wird der Antrag vertagt.

**zu 8 Buskap im Hindenburgdamm
(siehe Protokoll vom 26.10.05, Seite 10 (10.))**

Da alle Fraktionen es für sinnvoll halten, dass an der Besprechung dieses Tagesordnungspunkts auch die BVG teilnimmt, wird er auf die nächste Sitzung vertagt, zu der auch ein Vertreter der BVG eingeladen werden soll.

Bericht aus dem Bezirksamt

1. Weitere Straßen mit Tempo 30 von 22 – 6 h
BzStR Laschinsky erklärt, dass das Bezirksamt BzStR Stäglin im Zusammenhang mit der Beratung über die vorliegenden Anordnungen für die Leonorenstraße und den Munsterdamm gebeten hat, sich an SenStadt zu wenden und eine Konzeption über diese Anordnungen zu fordern. BzStR Stäglin wird in diesem Sinne an StS'in Krautzberger schreiben. Bis dahin will das Bezirksamt die Umsetzung der Anordnungen für die Leonorenstraße und den Munsterdamm zurückstellen.
2. Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h für die Riemeisterstraße zwischen Argentinischer Allee und Onkel-Tom-Straße
Anwohner der Riemeisterstraße fordern vom Fachbereich Tiefbau eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h und ein Durchfahrverbot für schwere LKWs – oder die Aufnahme dieses Teils der Riemeisterstraße in die umliegende Tempo-30-Zone – auf Grund des Fahrbahnzustandes und des hohen Verkehrslärms. Das Amt hat festgestellt, dass sich das Pflaster im Zuge eines alten Leitungsgrabens gesetzt hat, so dass eine Längskante in der Fahrbahnfläche entstanden ist. Eine Begründung für die Anordnung einer Geschwindigkeitsbeschränkung auf Grund von § 45 Abs. 2 StVO (zur Verhütung von außerordentlichen Schäden an der Straßenbefestigung) könnte somit vorliegen. Die bezirkliche Straßenverkehrsbehörde wurde um Stellungnahme gebeten. Es könnte aber auch versucht werden, über VLB und SenStadt ein Gutachten über Lärm und Abgas erstellen zu lassen, um damit ggf. eine Anordnung für 30 km/h in den Nachtstunden zu begründen. BzStR Laschinsky bittet die Mitglieder des Bauausschusses, sich die Situation anzusehen und beim nächsten Mal eine Meinung zu äußern.
3. Anbindung der Aarberger Straße an das Schweizer Viertel
BzStR Laschinsky berichtet, dass sich Anwohner der Aarberger Straße ablehnend gegenüber dem Vorhaben der Schweizer Viertel GmbH äußern, die im Erschließungsvertrag vereinbarte **fußläufige** Anbindung am Ende der Aarberger Straße in Richtung zur Lausanner Straße und zum Einkaufsgebiet jetzt herzustellen. Das Amt hält die Herstellung dieser Verbindung jedoch für richtig und sieht auch keine Möglichkeit und keine Erfordernis, den Erschließungsträger an der Realisierung zu hindern.
4. Behindertengerechte Bordabsenkungen
Wegen der Kosten, die behindertengerechte Umbaumaßnahmen wie Bordsteinabsenkungen etc. im Straßenland verursachen, hatte sich das Amt an SenStadt mit der Frage gewandt, ob derartige Umbauten auch aus dem SenStadt-Titel für Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit für Fußgänger finanziert werden könnten. SenStadt hat dem Amt mitgeteilt, dass dies nicht möglich ist.
5. Parkleitsystem (PLS) für den Teltower Damm
Zu diesem BVV-Beschluss vom 19.05.2004 ist das Amt noch immer zusammen mit dem ZMM e.V. dabei, eine Lösung zu suchen. Der ZMM hat das Amt gebeten, mit einer Umsetzung des Beschlusses noch zu warten, bis sich Senat und Abgeordnetenhaus mit dem Projekt „Berliner Parkleitsystem“ befasst haben, weil dies möglicherweise auch Auswirkungen auf die Finanzierung eines PLS in Zehlendorf haben könnte.
6. Hochbergplatz wird Kreisverkehr
Der Hochbergplatz zwischen Ostpreußendamm und Morgensternstraße ist ein kreisartig angelegter Platz mit Mittelinsel, der optisch eindeutig einen Kreisverkehr darstellt. Bisher war der Kreisverkehr hier nicht angeordnet, was dazu führte, dass vereinzelte Verkehrsteilnehmer links in den Kreis einfuhren. Dies war nicht zu beanstanden, führte jedoch zu einer Gefährdung Anderer. Die entsprechende straßenverkehrsrechtliche Anordnung wird noch im November erlassen.

7. Trödelmarkt vor OBI Goerzallee
Der Trödelmarkt wird gut angenommen. Es fehlen in diesem Bereich Parkplätze für die Besucher. Die Goerzallee und der Platz des 4. Juli werden zugeparkt – auch von den Strandbetreibern, die ihre Fahrzeuge verkehrswidrig abstellen. Der Allgemeine Ordnungsdienst ist vor Ort. Es ist regelmäßig zu Auseinandersetzungen mit den Fahrzeughaltern gekommen.
8. Feuerwerk
Vom 31.12.2005 ab 18:00 Uhr bis zum 01.01.2006 6:00 Uhr darf Feuerwerk abgebrannt werden. Der Allgemeine Ordnungsdienst wird ab 29.12.2005 die Gewerbebetriebe im Bezirk wegen der Lagerung und evtl. Überlagerung des Feuerwerks besichtigen. Das Vorgehen ist mit dem LKA abgestimmt.
9. Dienst des Ordnungsdienstes am 24. und 31.12.2005
Die Mitarbeiter/innen der Parkraumbewirtschaftung und der Verkehrsüberwachung werden am 24.12.2005 im Dienst sein. Die Mitarbeiter des Allgemeinen Ordnungsdienstes werden verstärkt am 31.12.2005 im Bezirk eingesetzt.

zu 10 **Verschiedenes**

1. Die FDP-Fraktion klagt über die „unhaltbaren Zustände“, die sich für Autofahrer ergeben, die – auf der Schloßstraße stadteinwärts fahrend – nach links in die Grunewaldstraße einbiegen wollen. Durch Baufahrzeuge, die verkehrswidrig an der Baustelle in der Grunewaldstraße halten, komme es hier zu einem sehr großen Rückstau. Ord L Hr. Hartmann erklärt, die Situation sei dem Amt bekannt, das dagegen verstärkt mit Kontrollen und Strafmandaten vorgeht. Zudem seien die Baufirmen in diesem Zusammenhang angeschrieben worden.
2. Die FDP-Fraktion erklärt, dass die im Zusammenhang mit den Baumaßnahmen in der Ringstraße errichteten Absperrungen zusagewidrig noch immer nicht beseitigt sind und die dort ansässigen Geschäftsleute behindern. Bau L Hr. Müller-Ettler sichert zu, diesen Hinweis an die zuständige Baufirma weitergeben zu lassen.
3. Auf Bitten der CDU-Fraktion sagt das Amt zu, in der nächsten Sitzung des Bauausschusses über den Zustand des Ludwig-Beck-Platzes sowie in diesem Zusammenhang über den Stand des Angebots von Fa. Wall zu berichten.
4. Auf eine entsprechende Nachfrage der CDU-Fraktion erklärt das Amt, das Radfahren im Landschaftsschutzgebiet am Schlachtensee werde deshalb zur Zeit weniger stark kontrolliert, weil derzeit geprüft wird, ob Radfahren dort grundsätzlich erlaubt werden könne. Das Opportunitätsprinzip gebe dem Amt in dieser Übergangsphase eine entsprechende Ermessensmöglichkeit.
5. Die Fraktion GRÜNE erklärt, eine Inaugenscheinnahme habe bestätigt, dass die Dachlandschaft auf der Schloßgalerie speziell durch die 5,50 m hohen Klimaccontainer in der Dachmitte für die Anwohner ein scheußlicher Anblick sei. Sie bittet das Amt um ein aktuelles Modell der Dachlandschaft mit den Türmen des Rathauses Steglitz im Vergleich.
BzStR Laschinsky erklärt, das Amt werde im zuständigen Stadtplanungsausschuss auf dieses Anliegen reagieren.

Berlin Steglitz-Zehlendorf, den

Lepeniotis
Stellv. Ausschussvorsitzender

Kühnast
Schriftführer